

Medienkonferenz «Der globale Hungerskandal – was tun?»

Bern, 26. Januar 2016

Hunger und die Agenda 2030 für die nachhaltige Entwicklung

Mark Herkenrath
Geschäftsleiter Alliance Sud

1. Der globale Hungerskandal

Gemäss dem [Hungerbericht 2015](#) der Welternährungsorganisation FAO konnte die Zahl der Menschen, die weltweit Hunger leiden, zwischen 1990 und 2015 von rund 19% auf 11% gesenkt werden – und zwar trotz einem Zuwachs der Weltbevölkerung um rund 2 Milliarden Menschen. In den Entwicklungsländern sank die Hungerquote von rund 23% auf 13%.

Trotz aller Fortschritte sind wir aber von einer Welt ohne Hunger noch weit entfernt. Konkret leiden heute weiterhin rund 800 Millionen Menschen Hunger. Das sind rund 200 Mio. weniger als vor zwanzig Jahren, aber immer noch viel zu viele. In Zentralafrika hungern weiterhin mehr als 40% der Menschen, in Ostafrika rund 30% und in der Karibik rund 20%.

2. Die Agenda 2030 für die nachhaltige Entwicklung

Der Kampf gegen den Hunger ist ein zentrales Anliegen der [Agenda 2030](#) mit ihren 17 Zielen für die nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals, SDG). Die Agenda, welche die Millenniums-Entwicklungsziele ablöst, wurde letztes Jahr im Rahmen der UNO verabschiedet und ist Anfang 2016 in Kraft getreten.

Das zweite der 17 Ziele für die nachhaltige Entwicklung besteht in der Kurzfassung darin, bis 2030 den Hunger aus der Welt zu schaffen. Die Unterziele 2a-c halten fest, welche Umsetzungsschritte nötig sind, um dieses Ziel zu erreichen. Dazu gehören u.a. vermehrte Investitionen in die ländliche Entwicklung sowie faire Handelsregeln. Notabene verlangt Unterziel 2c aber auch Massnahmen zur Eindämmung der extremen Preisvolatilität auf den Nahrungsmittelmärkten.¹

Dem politischen Widerstand einzelner Industrieländer ist zu verdanken, dass hier die Rolle der Finanzspekulation nicht ausdrücklich angesprochen wird. Die wissenschaftliche Evidenz spricht jedoch dafür, dass exzessive Spekulation die Preisvolatilität bei Nahrungsmitteln deutlich verschärft. Es ist deshalb klar, dass die Agenda 2030 für die nachhaltige Entwicklung auch Massnahmen zur Eindämmung der Spekulation bedingt.

¹ «Adopt measures to ensure the proper functioning of food commodity markets and their derivatives and facilitate timely access to market information, including on food reserves, in order to help limit extreme food price volatility.»

3. Nahrungsmittelpreise und Entwicklung

Die Weltmarktpreise für Grundnahrungsmittel haben seit dem Jahr 2000 tendenziell stark zugenommen haben. In den Jahren 2008 und 2011/12 kam es zu eigentlichen Preisexplosionen und in zahlreichen Entwicklungsländern zu Notständen bei der Nahrungsmittelversorgung.

Seither sind die Preise für die meisten Grundnahrungsmittel zwar wieder gesunken, aber sie liegen immer noch über den früheren Werten und sind vor allem weiterhin enormen kurz- bis mittelfristigen Schwankungen unterworfen.² Der Trend zu allgemein höheren Preisen dürfte also zu seinem Ende gekommen sein, doch der Trend zur Instabilität geht weiter.

Dass diese Instabilität verheerende Folgen für die Entwicklung hat, ist klar. Hier spricht sogar der Schweizer Bundesrat Klartext – und zwar ausgerechnet in seiner ablehnenden [Botschaft](#) zur Spekulationsstopp-Initiative. Er betont, dass oft sogar kleine kurzfristige Preisanstiege bei Grundnahrungsmitteln zu Hunger und Not führen.³

4. Welche Rolle spielt die Nahrungsmittelspekulation?

Es liegen unzählige wissenschaftliche Analysen vor, die nach den Ursachen von Preisschwankungen bei den Nahrungsmitteln forschen. Wirtschaftsjournalist Markus Mugglin hat dazu im Auftrag von Alliance Sud eine [Überblickstudie](#) verfasst. Sein Forschungsüberblick bestätigt, dass die Spekulation die kurz- bis mittelfristige Instabilität der Weltmarktpreise für Nahrungsmittel durchaus verschärft.

Will heissen: Schwankungen im Angebot und der Nachfrage bei realen Nahrungsmitteln sind zwar für kurz- und mittelfristige Preisschwankungen ebenfalls verantwortlich, doch die Finanzspekulation steigert deren Effekt. Sie führt dazu, dass sich normale Preissteigerungen in eigentliche Preisblasen übersetzen oder der Preiszerfall zusätzlich beschleunigt wird.

Eine Eindämmung der Finanzspekulation kann also nicht ganz verhindern, dass die Preise für Nahrungsmittel zeitweise stark steigen oder sinken. (Notabene gab es hier bereits in den 1970er Jahren hohe Preisausschläge. Dafür waren in erster Linie angebotsseitige Schwankungen verantwortlich.) Es lässt sich jedoch vermeiden, dass die Instabilität der Preise zusätzlich angeheizt wird – also Hypervolatilität entsteht.

5. Gegenmassnahmen

Die Europäische Union und die Vereinigten Staaten haben längst erkannt, dass die Spekulation die Instabilität der Nahrungsmittelpreise mit grosser Wahrscheinlichkeit verschärft und so für die

² Im Juli 2015 zum Beispiel berichte die [NZZ](#), wie in nur dreieinhalb Wochen Preissteigerungen bei Agrarrohstoffen wie Mais, Weizen und Soja von bis zu 25% stattgefunden hatten.

³ «Da viele arme Haushalte bereits nahe am Existenzminimum leben und keine Ersparnisse haben, können auch kurzfristige Preiserhöhungen dazu führen, dass sich die Haushalte weiter verschulden und aus dem wirtschaftlichen Gleichgewicht geraten. Im ländlichen Kontext müssen dann Produktionsmittel wie Vieh oder Land verkauft werden, oder Schuldzinsen können nicht gezahlt werden. ... Ausserdem stehen die zusätzlich für Nahrung verwendeten Geldmittel nicht mehr zur Verfügung für andere Ausgaben wie Gesundheit und Ausbildung.»

Entwicklungsländer enorme Probleme schafft. Um die exzessive Finanzspekulation auf Nahrungsmittel einzudämmen, haben sie bereits die Einführung von Positionslimiten beschlossen.

In der EU, welche Positionslimiten in die revidierte Finanzmarktdirektive MiFID 2 aufgenommen hat, arbeitet die Aufsichtsbehörde ESMA zurzeit die entsprechende Berechnungsmethodologie aus. Diese muss schon bald im nationalen Recht der Mitgliedsstaaten umgesetzt werden.

Die Schweiz könnte im Prinzip bereits heute die selben Massnahmen zur Eindämmung der exzessiven Finanzspekulation ergreifen. Im neuen Finanzmarktinfrastrukturgesetz [FinfraG](#) hat der Bundesrat die Möglichkeit erhalten, auf Verordnungsstufe Positionslimiten zu erlassen. Dafür hatte sich Alliance Sud öffentlich stark gemacht.

Allerdings scheint der Bundesrat vorderhand nicht gewillt, solche Positionslimiten tatsächlich einzuführen. Im kürzlich veröffentlichten Vernehmlassungsentwurf zur Finanzmarktinfrastrukturverordnung [FinfraV](#) sind weder Positionslimiten, noch andere Massnahmen zur Eindämmung der exzessiven Spekulation vorgesehen.

Damit hat es der Bundesrat klar verpasst, der Spekulationsstopp-Initiative eine glaubhafte politische Alternative gegenüber zu stellen. Wer sich für Massnahmen gegen hochgradig volatile Nahrungsmittelpreise einsetzen will, kommt deshalb nicht umhin, die Initiative zu unterstützen.